

Das Scheinmonster: Das Ministerium für Staatssicherheit (Teil 2)

9 Feb. 2025 13:38 Uhr

Nicht einmal, wenn man auf den Teil blickt, bei dem es tatsächlich um politische Beeinflussung ging, bleibt viel übrig vom liebsten Schreckgespenst bundesdeutscher Politik. Das Scheinmonster dient vor allem einem: den Blick auf die westlichen Dienste zu verstellen.



©

https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/bb/Kreisdienststelle_MfS_Pirna_DDR_II.svg
Fahne der Kreisdienststelle des MfS aus Pirna

Von Dagmar Henn

[Zu Teil 1](#)

Ganz zuletzt gibt es dann noch den Bereich, in dem es tatsächlich um das geht, was im Namen des Ministeriums bezeichnet war: die Sicherheit des Staates. Eine Aufgabe, die jeder Staat, egal wann, egal wo, irgendwie erfüllen muss. Die Frage ist nur: In welchem Verhältnis steht der Aufwand zur realen Gefahr, und auf welche Art und Weise wird tatsächlich eingegriffen?

Auch hier gibt es einen Punkt, den man in der Betrachtung im Westen gerne weglässt – die DDR war ebenso sehr Frontstaat im Kalten Krieg wie die BRD, und beide Seiten teilten eine Voraussetzung: die Tatsache, dass sie ein und dieselbe Sprache teilten, machte Infiltrationen jeder Art wesentlich leichter. Dazu kam, dass über eine lange Zeit tatsächlich terroristische Methoden eingesetzt wurden, um den östlichen Staat zu schädigen. Sabotage der Bahnlinien beispielsweise. Wer einige Jahre lang beobachtet, was unter US-amerikanischer (und auch deutscher) Beteiligung rund um die Welt so

angerührt wird, und welche Methoden dabei eingesetzt werden, kann sich, wenn er die Vorstellung von der "bösen DDR" einmal bei Seite schiebt, durchaus vorstellen, womit man es damals zu tun hatte.

Wenn berichtet wird, dass in der DDR die Post, die aus dem Westen kam, geöffnet und gelesen wurde, lässt man gerne weg, dass die Gegenseite genau das Gleiche tat. Jeder Brief wurde zweimal gelesen, einmal auf Seiten des Ministeriums der Staatssicherheit der DDR, einmal auf Seiten des BND. In der Leidenschaft für die Telefonüberwachung (wohlgemerkt die legale Version mit richterlicher Erlaubnis) hielt die BRD jahrzehntelang die Führungsposition im Westen. Aber damals bezog sich das, selbst wenn man die grenzüberschreitenden Telefonate mit einbezieht, nur auf einen Bruchteil der gesamten Kommunikation. Die Überwachung, für die heute die Daten des Frankfurter Netzknotens abgegriffen werden, hat eine völlig andere Dimension. Es fällt nur nicht so auf, weil die Zahl der beteiligten Personen dank Digitalisierung und Automatisierung viel niedriger ist.

Die entscheidende Frage ist: Welche Konsequenzen hat diese Überwachung für die betroffenen Personen, und wo liegt die Grenze zum aktiven Handeln, also beispielsweise zur Lenkung oder Zersetzung vorgefundener Strukturen? Auch da täuscht man sich sehr über die Tiefe, bis zu der im Westen eingegriffen wird.

Aber zwei Beispiele zeigen, wie weit das ging und geht. Das erste ist die Wandlung der Grünen von der Friedens- zur Kriegspartei (wobei sie in ihrem heutigen Zustand, wollte man wirklich im Interesse der Zukunft eines deutschen Staates denken, weit eher angemessener Gegenstand genauer Beobachtung wären als zum Zeitpunkt ihrer Gründung). Dieser Prozess ist derart extrem, dass er ohne äußere Einflüsse kaum vorstellbar ist, selbst wenn man davon ausgehen muss, dass von vorneherein eine Menge an Agenten beteiligt war (nicht notwendigerweise alle mit einem deutschen Dienstherrn).

Das zweite Beispiel ist das erste NPD-Verbotsverfahren, das scheiterte, weil die Zahl der Verfassungsschützer auf den verschiedensten Ebenen der Parteiführung so groß war, dass es, wie das Verfassungsgericht feststellte, nicht mehr auszumachen war, welche Positionen, die die Partei vertrat, originär aus der Partei stammten, und welche von den untergebrachten Agenten eingetragen wurden.

Auch wenn die Behauptung aufgestellt wird, in der DDR habe man zu allerlei Techniken der Zersetzung gegriffen – in einer vergleichsweise wenig hierarchischen Gesellschaft funktioniert das deutlich schlechter als in einer so extrem hierarchischen wie der Bundesrepublik. Weil sich jede Art von Struktur oder Organisation, gleich, warum und wie sie sich bildet, eben nicht einfach von oben steuern lässt. In diesem Punkt darf man auch nicht vergessen, dass es einige Engstellen gibt, an denen Beeinflussung besonders leicht wird. Zugang zu Räumlichkeiten beispielsweise. Eine Frage, die inzwischen völlig am Geld hängt, weil jeder Raum gemietet werden muss. Geld ist ein weiterer entscheidender Punkt. Bis hin zur Bezahlbarkeit der öffentlichen Verkehrsmittel.

Wenn heute bestimmten Gruppen Räume verweigert werden, ist das auch eine Form politischer Unterdrückung. Öffentliche oder zumindest öffentlich teilfinanzierte Räume sind heute die einzige Möglichkeit, Treffen abzuhalten. Das war in der DDR grundsätzlich anders, weil es unzählige Gebäude und Räume gab, die zur Verfügung standen. Kulturhäuser, Ferienheime, auch Gasthäuser. Aber wenn Räumlichkeiten allgemein verfügbar sind, sei es für Kindergeburtstage, sei es für Kulturvereine, dann braucht es für einen Ausschluss von dieser Möglichkeit eine politische Begründung. Gibt es diese Räume nur schwer, dann setzt es schon einen gewissen Grad an Organisation voraus, um überhaupt Zugriff zu haben, und es wird wesentlich leichter, dafür zu sorgen, dass jemand eben keinen Raum bekommt. Und das ist der Zustand in den Großstädten. Auf dem Land regelt sich das noch einmal anders – es gibt

schlicht vielerorts keine Räume mehr, in denen sich irgendwelche Gruppen treffen könnten, und sei es ein Trachtenverein.

Wir sind hier schon längst in einem Graubereich, der selten als politische Einschränkung wahrgenommen wird, weil eben das Nichtvorhandensein von Raum als Normalzustand gesetzt wurde, und es zu einer Art Gnade geworden ist, Veranstaltungen überhaupt durchführen zu können, wenn sie nicht dem Mainstream entsprechen.

Wie weit konnte, von Extremfällen abgesehen, der ausgeübte Druck gehen? Im Westen gab es – und gibt es wieder – Berufsverbote; in Bayern waren sie nie verschwunden, selbst Kinderpflegerinnen mussten bestätigen, nie in irgendeiner von jenen Organisationen gewesen zu sein, die in einer langen, kleingedruckten, mehrseitigen Liste aufgeführt waren. Die Antwort wurde dann, so wollte das zumindest die bayrische Staatsregierung, mit den Erkenntnissen abgeglichen, die das Landesamt für Verfassungsschutz gesammelt hatte...

Jemanden an der Berufsausübung zu hindern, war in der DDR nicht ganz so einfach. Denn es gab zwei Rechte, die nicht nach Belieben angetastet werden konnten. Ein Recht auf Arbeit und ein Recht auf Wohnung. Das heißt, es gab ein wesentlich höheres Maß an grundlegender Sicherheit; Arbeits- und Wohnungslosigkeit waren keine verfügbaren Disziplinierungsmaßnahmen. Auch hier darf man nicht vergessen, dass selbst Einrichtungen wie die Schufa eine politische Wirkung haben, wenn es durch den einen oder anderen Trick gelingt, einen politischen Gegner mit Schulden zu versehen. Das Schöne an den Urteilen dieser Wirtschaftsauskunfteien ist, dass es keine Einspruchsmöglichkeiten gibt.

Schon in der ganzen Zeit des Bestehens der Bundesrepublik gab es immer ein gewisses Maß politischer Verfolgung, die über den Zugang zu Arbeitsplätzen erfolgte. Große Unternehmen hatten beispielsweise schwarze Listen. Gerade all die Dinge, die in den Gesetzesänderungen der letzten Jahre enthalten sind, weiten diesen Bereich informeller Verfolgung aus. In der Regel erfolgt diese Verfolgung ohne Einvernahme, also ohne jede Möglichkeit der Verteidigung. Auch an diesem Punkt agierte das MfS anders. Weil viele der informellen Varianten nicht möglich waren, und weil das staatliche Handeln, auch im Sicherheitsbereich, darauf beruhte, dass Menschen einsichtsfähige Wesen sind. Ich kann nur immer wieder die Lektüre des Strafgesetzbuchs der DDR empfehlen; das zeigt eine Reihe dieser Unterschiede sehr klar.

Das schließt Ungerechtigkeiten nicht aus, und auch nicht, dass wie in allen Behörden der Welt, die Handelnden nicht immer die Verständigsten und Hellsten waren. Aber sobald man all die Bereiche wegnimmt, die im westlichen Modell eben nicht Teil einer Behörde sind, und die, die sich auf viele weitere Behörden verteilen, ist der Rest, der verbleibt, bei weitem nicht das Monster, das aus ihm gemacht wurde.

Und dann kommt noch ein weiterer Faktor hinzu: Komplette wird das Bild nur, wenn man nicht nur auf den repressiven Apparat blickt, sondern auch noch den ganzen propagandistischen Komplex mit einbezieht. Wo man sofort auf eine weitere Absurdität stößt. Dass gewisse Formulierungen als Standardfloskeln auftauchen, ist normal. Die westlichen wurden und werden nur anders verpackt. Was aber in der DDR nicht üblich war, war die emotionale Überwältigung. Es war auch kein Ziel, der Bevölkerung maximale Angst einzujagen. Es war erkennbar, an welchen Stellen Botschaften mit bestimmten Absichten gesetzt wurden, aber im Allgemeinen waren beispielsweise die Zeitungsmeldungen trocken bis zur Langeweile.

Das bundesdeutsche Gegenstück war auch einmal deutlich nüchterner als heute, wo die meisten politischen Themen mit Emotion durchtränkt werden. Das macht die Abwehr weit schwerer. Und auch hier – die ganz gewöhnliche Produktwerbung trägt auch mit bei zur politischen Propaganda. Was bei der Annexion so hervorragend wirkte, dass die neuen Kunden eine Zeit brauchten, bis sie bemerkten, dass das so attraktiv verpackte Produkt keineswegs besser sein muss als das aus den nüchternen Schachteln, die sie gewohnt waren.

Inzwischen ist selbst der Wetterbericht Teil der Propaganda, und die reine Meinungsäußerung kann nicht nur den Verfassungsschutz, sondern gleich die Staatsanwaltschaft in Marsch setzen. Nein, das ist nicht DDR 2.0. Objektiv war 1989 der Verfolgungsapparat der DDR bestenfalls gleich stark wie jener der BRD, aber die Propaganda war weniger dicht und ließ viel mehr Raum, sie anzunehmen oder zurückzuweisen. Seitdem hat die Propaganda in Deutschland massiv zugelegt, und ein Verdachtsfall für den Verfassungsschutz wird man bereits, wenn man nicht bereit ist, erfundene Pronomen zu verwenden. Von den ganzen grünen Nebengeheimdiensten wollen wir gar nicht erst reden.

Man könnte noch viele andere Punkte anführen. Dass die Künstler, die in der DDR darüber klagten, unterdrückt worden zu sein, heute gar nicht mehr Künstler werden könnten, beispielsweise. Sie hatten eine gesicherte Existenz. Inzwischen ist kein Studiengang so sehr vom obersten Bürgertum dominiert wie Kunst. Schließlich hat nicht jeder den großen Erfolg; ohne finanzielles Polster, das üblicherweise von den Eltern stammt, sind weder die unregelmäßigen und vielfach geringen Einnahmen noch Reisekosten oder Materialien zu stemmen. Und ein massiver sozialer Filter ist viel wirksamer als ein Ministerium für Staatssicherheit. Ein großer Teil der festangestellten Journalisten bei den Leitmedien teilt die Herkunft der Kunststudenten. Da wird die konforme Meinung automatisch mitgeliefert, ganz ohne Druck.

Man könnte sagen, jede Gesellschaft und jede Zeit hat ihre eigene Balance zwischen Freiheit und Zwang. Aber um zu erkennen, wie viel Freiheit und wie viel Zwang besteht, muss man eben den Blick weiten und wahrnehmen, worin sich die Freiheiten und die Zwänge unterscheiden.

"Stasi 2.0" ist nicht nur ein Zerrbild des Ministeriums für Staatssicherheit. Es ist vor allem eine Verharmlosung der deutschen Gegenwart.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.